

## 50. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 08.03.2018**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Edith Michal Gertrud Mörike Günter Peischl Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Sabine Fister Johannes Mecke Andreas Post	

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

An der heutigen Sitzung fehlen entschuldigt die Gemeinderatsmitglieder Frau Fister, Herr Mecke und Herr Post.

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Post und Herrn Unterstein recht herzlich nachträglich zum Geburtstag. Da Herr Unterstein einen runden Geburtstag feiern konnte, übergibt der Vorsitzende ein Präsent der Gemeinde.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 689 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 21 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 08.02.2018, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Axenbeck hat bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und nicht mitgewirkt.

AZ 024  
Hauptamt

#### 690 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Nr.      Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

691      22      **Anpassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014 bis 2020:  
Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die gemeindlichen  
Ausschüsse**

Die Ausschüsse der Gemeinde Unterföhring werden in gewissen Bereichen lediglich vorberatend tätig. Der Vorsitzende bringt daher die Überlegungen hinsichtlich der Entlastung des Gemeinderates durch die Ausdehnung des (beschließenden-) Aufgabenbereiches der Ausschüsse in Erinnerung.

Mit Schreiben vom 09.08.2017 wurde den Gemeinderatsmitgliedern eine Handreichung der Gemeindeverwaltung zugesandt. Hierbei wurden die momentane Geschäftsverteilung und Kompetenz der Organe sowie die Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Ausdehnung und Verschiebungen von Aufgaben bzgl. der Ausschüsse aufgezeigt.

Die Gestaltungsmöglichkeiten stellen sich wie folgt dar:

**A) Zuweisung von Aufgaben, die derzeit dem Gemeinderat zugeordnet sind**

<i>lfd. Nr.</i>	<i>Aufgabe</i>	<i>möglicher Ausschuss</i>
1	die Bestellung und die Abberufung des Datenschutzbeauftragten,	<i>Für die dargestellten Aufgaben und die mögliche Zuordnung fehlt es aus Sicht der Verwaltung derzeit jedoch an einem thematisch passenden Ausschuss (wie z.B. Hauptausschuss, Personalausschuss o.ä.). Auf Grund der selteneren Konfrontation mit diesen Sachverhalten wäre eine Delegation wohl zu vernachlässigen.</i>
2	die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18 a Abs. 8 GO) und die Durchführung eines Bürgerentscheids (Art. 18 a Abs. 2, Abs. 10 GO),	
3	die Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung mit Zuweisung an einen Dritten, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten ab Besoldungsgruppe A9,	
4	die Entscheidung über Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung der Arbeitnehmer ab Entgeltgruppe 9 b des TVöD oder ab einem entsprechenden Entgelt.,	
5	die Entscheidung über Altersteilzeit der Beamten und Arbeitnehmer,	
6	die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen,	
7	die Beschlussfassung über die Vereinbarung einer kommunalen Partnerschaft	

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

8	<p>den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen; ausgenommen das Verfahren von Bebauungsplänen nach dem Aufstellungsbeschluss und vor dem Satzungsbeschluss und alle sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie alle örtlichen Bauvorschriften im Sinne des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO,</p> <p><i>Hinweis: Rechtslage inzwischen geändert (Art. 32 Abs. 2 Nr. 2 GO); alle Bebauungspläne und alle sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie alle örtlichen Bauvorschriften im Sinn des Art. 81 BayBO, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 BayBO können durch den BA beschlossen werden</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
---	--	---

#### B) Zuweisung von Aufgaben und Sachthemen des Gemeinderates, die derzeit nicht gesondert in der Geschäftsordnung benannt sind

lfd. Nr.	Aufgabe	möglicher Ausschuss
9	<p>Annahmeerklärung zu (Grundstücks-) Kaufangeboten, die an die Gemeinde gerichtet sind</p> <p><i>Hinweis: Grundsätzlich oder Deckelung auf ein bestimmtes Investitionsvolumen? Falls ja entsprechende Festlegung notwendig. z.B. BA darf bis Kaufpreis i.H.v. 3 Mio. € (brutto) entscheiden. Höherer Betrag autom. Entscheidung durch GR notwendig.</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
10	<p>Vorkaufsrechtsanfragen</p> <p><i>Hinweis: Grundsätzlich oder Deckelung auf ein bestimmtes Investitionsvolumen? Falls ja entsprechende Festlegung notwendig.</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

	<i>z.B. BA darf bis Kaufpreis i.H.v. 3 Mio. € (brutto) entscheiden. Höherer Betrag autom. Entscheidung durch GR notwendig.</i>	
11	<p>Pachtangelegenheiten (z.B. Pächterhöhung, Pachtvergabe, Vermietung von gewerblichen Flächen und Festlegung deren Mietzinses etc.)</p> <p><i>Hinweis: Grundsätzlich zuständig oder Festlegung einer (Pacht-) Betragsgrenze?</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
12	<p>Auftragsvergaben für Bauleistungen (Erhöhung des Betrages sinnvoll, wenn vom Gemeinderat das Projekt grundsätzlich genehmigt ist)</p> <p><i>Hinweis: Derzeit auf 500.000,-€ festgelegt. Erhöhung? Wenn ja, neue Festsetzung.</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
13	<p>Auftragsvergaben einer Dienst-/Lieferleistung im Bau-, Verkehr- und Grundstücksbereich, welche die Bewirtschaftungsbefugnis des Ersten Bürgermeisters übersteigt (z.B. Kauf neuer Traktor für den Bauhof o.ä.)</p> <p><i>Hinweis: Ab 50.000 € derzeit GR zuständig. Übertragung auf BA? Wenn ja, Festsetzung des Investitionsvolumens notwendig. z.B. BA darf bis Kaufpreis i.H.v. 200.000 € (brutto) entscheiden. Höherer Betrag autom. Entscheidung durch GR notwendig.</i></p>	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
14	<p>Anträge auf finanzielle Unterstützung oder Bezuschussung soweit diese nicht über den Haushalt beschlossen und genehmigt werden oder in der Entscheidungskompetenz des Ersten Bürgermeisters liegen.</p> <p><i>Hinweis: Erhöhung der Entscheidungskompetenz des Ersten Bürgermeisters möglich (aktuell im Einzelfall 5.000,-€). Zudem Übertragung der Entscheidung auf</i></p>	Finanzausschuss

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

	<i>den Finanzausschuss ab Überschreitung Kompetenz Bürgermeister (aktuell ab 5.000,--€). Deckelung?</i>	
--	---	--

#### C) Reduzierung der Vorberatung in den Ausschüssen zugunsten entsprechender Entscheidungskompetenzen

<i>lfd. Nr.</i>	<i>Aufgabe</i>	<i>möglicher Ausschuss</i>
15	Entscheidungen von planerischen und technischen Festlegungen von kommunalen Bauvorhaben, wenn die Grundsatzentscheidung des Gemeinderats vorliegt.	Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss
16	örtliche Prüfung der Haushaltsrechnung mit Erstellung des Prüfungsberichts	Rechnungsprüfungs- ausschuss
17	Prüfung der Schlussabrechnungen für gemeindliche Bauvorhaben im Hoch- und Tiefbau mit einer Abrechnungssumme von mehr als 1.000.000,- € mit Erstellung des Prüfungsberichts	Rechnungsprüfungs- ausschuss
18	Erarbeitung von Richtlinien in der gemeindlichen Jugend- und Kulturpolitik	Jugend- und Kulturausschuss
19	Erarbeitung konkreter Projekte in der Jugendarbeit (Kinder- und Jugendparlament, Theater, Film, Konzerte)	Jugend- und Kulturausschuss
20	<p>Festlegung des kulturellen Angebots</p> <p><i>Hinweis:</i> <i>Beinhaltet insbesondere Auswahl Künstler und Programm.</i></p> <p><u>für Kulturprogramm und Einzelveranstaltungen (z.B. Bürgerkulturfestival):</u> Festlegung des Investitionsvolumens für das Kulturprogramm auf z.B. 500.000,-- € (= bisheriger HH-Ansatz) notwendig.</p> <p>Auftragsvergabe Künstlerengagements; JuKu entscheidet auch über die</p>	Jugend- und Kulturausschuss

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

	<i>Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,--€, (vorher Zuständigkeit Bgm.).</i>  <i>für Bürgerfest:</i> <i>Festlegung des Investitionsvolumens für das Bürgerfestprogramm auf z.B. 125.000,-- € (= bisheriger HH-Ansatz) notwendig.</i>  <i>Auftragsvergabe Künstlerengagements; JuKu entscheidet auch über die Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,--€, (vorher Zuständigkeit Bgm.).</i>	
21	Erarbeitung von Richtlinien über die Vergabe von gemeindlichen Räumen bzw. Gebäuden im Rahmen der Jugend- und Kulturarbeit	Jugend- und Kulturausschuss
22	Erarbeitung von Raumprogrammen bei Jugend- und Kultureinrichtungen	Jugend- und Kulturausschuss
23	Senioren- und Familienangelegenheiten  <i>Hinweis:</i> <i>Eine konkretere Bestimmung des Handlungsfeldes bei einer beschließenden Behandlung durch den Ausschuss erforderlich</i>	Wohnungs- und Sozialausschuss

D) In der aktuellen Geschäftsordnung für den Gemeinderat sind darüber hinaus Aufgaben der Ausschüsse aufgeführt, die lediglich deklaratorische Wirkung entfalten. Im Zuge der Überarbeitung könnten diese Bezeichnungen angepasst werden bzw. entfallen:

#### Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

Kann gestrichen werden, da diese Möglichkeit grundsätzlich besteht

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Finanzausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

Kann gestrichen werden, da diese Möglichkeit grundsätzlich besteht

#### Rechnungsprüfungsausschuss

- *Vorberatung von Prüfungsberichten des Kommunalen Prüfungsverbandes*

Kann gestrichen werden, da Erledigung unter Einbindung der zuständigen Stellen auf dem Verwaltungsweg erfolgt

#### Umwelt- und Energieausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

Kann gestrichen werden, da diese Möglichkeit grundsätzlich besteht

#### Wohnungs- und Sozialausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

Kann gestrichen werden, da diese Möglichkeit grundsätzlich besteht

#### Jugend- und Kulturausschuss:

- *Koordinierung von Veranstaltungen im Bereich von Jugend und Kultur.*

Kann gestrichen werden; klassische Verwaltungsaufgabe



## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beschließt die Anpassung der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014-2020 samt Anlage 1 mit folgenden Änderungen:

Dem **Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss** werden folgende Aufgaben zur Entscheidung (beschließend) übertragen:

Lfd. Nr.	Aufgabe
9	Annahmeerklärung zu (Grundstücks-) Kaufangeboten, die an die Gemeinde gerichtet sind  Deckelung Investitionsvolumen auf 3 Mio. € brutto
10	Vorkaufsrechtsanfragen  Deckelung Investitionsvolumen auf 3 Mio. € brutto
11	Pachtangelegenheiten (z.B. Pachterhöhung, Pachtvergabe, Vermietung von gewerblichen Flächen und Festlegung deren Mietzinses etc.)
12	Auftragsvergaben für Bauleistungen (Erhöhung des Betrages, wenn vom Gemeinderat das Projekt grundsätzlich genehmigt ist)  Erhöhung des Betrages auf 5 Mio. € brutto
13	Auftragsvergaben einer Dienst-/Lieferleistung im Bau-, Verkehr- und Grundstücksbereich welche die Bewirtschaftungsbefugnis des Ersten Bürgermeisters übersteigt, bis zu einem Investitionsvolumen von 200.000,- € brutto

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Dem **Jugend- und Kulturausschuss** werden folgende Aufgaben zur Entscheidung (beschließend) übertragen:

Lfd. Nr.	Aufgabe
18	Erlass von Richtlinien in der gemeindlichen Jugend- und Kulturpolitik
19	Erlass konkreter Projekte in der Jugendarbeit (Kinder- und Jugendparlament, Theater, Film, Konzerte)
20	Festlegung des kulturellen Angebots,  für Kulturprogramm und Einzelveranstaltungen (z.B. Bürgerkulturfestival): bis zu einem Investitionsvolumen von 500.000,- € Auftragsvergabe Künstlerengagements; Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,-€  für Bürgerfest: bis zu einem Investitionsvolumen von 125.000,- € Auftragsvergabe Künstlerengagements; Beauftragung der einzelnen Engagements ab Einzelgagen von mehr als 50.000,-€
21	Erlass von Richtlinien über die Vergabe von gemeindlichen Räumen bzw. Gebäuden im Rahmen der Jugend- und Kulturarbeit,
22	Erlass von Raumprogrammen bei Jugend- und Kultureinrichtungen

### Anpassung/Streichung von Aufgabenbezeichnung auf Grund rein deklaratorischer Wirkung

#### Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

wird gestrichen

#### Finanzausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

wird gestrichen

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Rechnungsprüfungsausschuss

- *Vorberatung von Prüfungsberichten des Kommunalen Prüfungsverbandes*

wird gestrichen

#### Umwelt- und Energieausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

wird gestrichen

#### Wohnungs- und Sozialausschuss

- *Sonderaufgaben, die im Einzelfall durch Gemeinderatsbeschluss zugeteilt werden.*

wird gestrichen

#### Jugend- und Kulturausschuss:

- *Koordinierung von Veranstaltungen im Bereich von Jugend und Kultur.*

wird gestrichen werden

Die Änderungen treten mit Wirkung vom 09.03.2018 in Kraft.

AZ 0241  
Hauptamt

692 22 **Sanierung Sportzentrum Jahnstraße; Sachstand zur Optimierung der Tennishallenbeleuchtung (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 30.01.2018, Nr. 447, in Erinnerung.

Die in der Vergangenheit immer wieder durch die Nutzer bemängelte Tennishallenbeleuchtung sollte im Zuge der Sanierung wieder von LED-Punktfeldleuchten auf LED-Langfeldleuchten mit Erhöhung der lux-Zahl auf 750lux umgerüstet werden. Dies wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 18.05.2017, Nr. 577, nicht genehmigt, da die LED-Punktfeldleuchten in 2013 installiert werden.

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Aufgrund eines erneuten Schreibens des TCU's vom 21.12.2017 wurde die Bauverwaltung gebeten, die Optimierung der Hallenbeleuchtung nochmals zu überprüfen. Im Rahmen der Baustellenbegehung hat die Verwaltung nochmals LED-Punktstrahler auf die Lichtstärke überprüfen lassen.

Durch das Ingenieurbüro Wieder, Erding, wurde daraufhin eine Gegenüberstellung der Kosten ermittelt und mit Email vom 23.01.2018 an die Gemeinde weitergeleitet:

LED punktuell (Bestand)	LED Lichtbänder (neu)
hohe Blendung durch intensive Lichtbündelung	niedrige Blendung durch seitlich angeordnete, schräg gestellte Lichtbänder
Gesamtleistung bei geforderter 750lux Beleuchtungsstärke nach Nachrüstung = 20 kW	Gesamtleistung bei geforderter 750lux Beleuchtungsstärke = 13 kW
kein Verdrehschutz vorhanden (bereits diverse Strahler verdreht) Ein Verdrehschutz der Strahler kann nur mittels einer Sonderkonstruktion nachgerüstet werden. Nicht Ballwurfsicher Kosten ca. 39.900,- € brutto	Verdrehsicher - Ballwurfsicher
aufwendige Einzelverkabelung - insbesondere beim Nachrüsten von 102 Strahlern für 750lux	Durchgangsverdrahtung einfach lösbar durch Lichtbänder
Nachrüstung auf 750lux inkl. Verkabelung, Steuerung, Absicherung = ca. 59.500,- € brutto	Austausch der Beleuchtung mit LED-Lichtbändern einschl. Verkabelung, Steuerung, Absicherung = ca. 142.800,- € brutto
<b>Optimierungskosten gesamt 99.400,- € brutto</b>	<b>Gesamtkosten brutto 142.800,- €</b>
Stromkosten bei üblicher LED-Lebensdauer von 50.000 h x 20 kW x 0,20 €/kW = 200.000,00 €	Stromkosten bei üblicher LED-Lebensdauer von 50.000 h x 13 kW x 0,20 €/kW = 130.000,00 €
	entspricht einer Energiekostensparnis von ca. 70.000,00 €
Punktuell helle /dunkle Flächen vorhanden	Gleichmäßigere Ausleuchtung der gesamten bespielbaren Fläche;
Beleuchtungskomponenten aus dem Jahr 2013; Einbau 2014 Keine Dimmung möglich	Aktueller LED Standard. Möglichkeiten einer Dimmung vorhanden
Die punktuellen Deckenstrahler sind auch für den Außenbereich geeignet und könnten nach Demontage im	

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Außenbereich genutzt werden.	
------------------------------	--

Aufgrund der Gegenüberstellung ist festzuhalten, dass eine Optimierung der LED-Punktfeldleuchten auf 750lux unwirtschaftlich erscheint, da sich die Installationskosten von rund 99.400,- € brutto inkl. Sonderkonstruktion für Verdrehenschutz (Ballwurfsicherheit) belaufen. Des Weiteren ist bei einer Erneuerung der LED-Lichtbänder mit einer Stromkostensparnis in Höhe von 70.000,- € in ca. 17 Jahren zu rechnen. Im Hinblick auf den Gemeinderatsbeschluss von 18.05.2017, Nr. 577, ist nun zu entscheiden, ob eine Optimierung mit einem Aufwand von 99.400,- € brutto oder die Erneuerung mit LED-Lichtbändern mit ca. 142.800,- € brutto zur Entscheidung kommt.

Beschluss: 15 : 7

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Optimierung der Tennishallenbeleuchtung zur Kenntnis und stimmt einem Austausch der bisherigen Beleuchtung zu. Die Kosten inkl. Verdrehenschutz für die Erneuerung in Höhe von 142.800,- € brutto werden genehmigt. Der Gemeinderatsbeschluss vom 18.05.2017, Nr. 577, wird dahingehend angepasst.

Die vorhandenen punktuellen Deckenstrahler sind auch für den Außenbereich geeignet und nach Demontage im Außenbereich zu nutzen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind unter der Haushaltsstelle 56040.9420 zu verausgaben.

AZ 622  
Bauamt

693 22 **Energiesparförderprogramm-Richtlinien; Aktualisierung  
(Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses)**

Der Erste Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.02.1996, Nr. 1310 - 1324. Darin wurde dem Erlass eines Förderprogrammes für Energiesparmaßnahmen zugestimmt. Die Richtlinien für das Förderprogramm traten am 01.03.1996 in Kraft. Seit dem 01.01.2017 enthält das Energiesparförderprogramm die Maßnahme 2.6 Mobilität – Elektrofahrrad. Die Änderungen sind dem Beschluss des Gemeinderates vom 13.10.2016, Nr. 469 und im Empfehlungsbeschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 20.09.2016, Nr.17 zu entnehmen. Ebenso bringt der Vorsitzende die aktuell gültige Fassung der Richtlinien für das Energiesparprogramm der Gemeinde Unterföhring zur Kenntnis. Diese wurden dem Gremium zugestellt.

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Erste Bürgermeister legt eine Anfrage per E-Mail am 27.09.2017 in der Gemeinde Unterföhring eingegangen, dem Gremium vor. Der Antragsteller hat sich im Jahr 2016 ein neues Fahrrad gekauft und möchte dieses nun zu einem E-Bike umbauen lassen. Die Kosten für den Umbau liegen bei ca. 1.100 € Der Neukauf dieses Fahrrads als E-Bike kostet ca. 2.000 € aufwärts.

Der Umbau eines Fahrrades zu einem E-Bike anstatt dem Neukauf eines E-Bikes wird als sinnvoll angesehen, da es günstiger ist und das bisherige Fahrrad weiter genutzt werden kann. Die Verwaltung spricht sich aufgrund der einhergehenden Ressourcenschonung durch Weiternutzung des bisherigen Fahrrades für die Förderung der Umbauten von Fahrrädern zu E-Bikes aus. Durch den immer verbleibenden Restaufwand von 70% beim Antragsteller wird von einer wirtschaftlichen Nutzung der Umbaumöglichkeit ausgegangen. Die Richtlinien ist dahingehend zu ändern, dass auch ein Umbau von einem Fahrrad zu einem E-Bike unter Beibehaltung der weiteren Anforderungen mit 30%, max. 500€ gefördert wird.

Des Weiteren sollte die bisherige Frist zur Einreichung der Unterlagen für eine E-Bike Förderung verlängert werden. Bisher kann der Bürger bis zu sechs Monate nach dem Kaufdatum die nötigen Förderunterlagen für das neuerworbene E-Bike einreichen.

Hierzu liegt der Verwaltung ein zweites Fallbeispiel vor. Die Unterlagen sind am 14.02.2018 ein Monat nach Fristablauf an der Gemeinde eingegangen. Die Antragstellerin hofft auf einen positiven Bescheid, da ihr die Fördermöglichkeit und die gesetzte Frist nicht bekannt waren. Die Schilderung ist kein Einzelfall. Daher wäre eine Fristverlängerung auf 12 Monate angebracht. So können klimabewusste Bürger in einem angemesseneren Zeitraum die nötigen Unterlagen für die E-Bike-Förderung einreichen. Eine Frist sollte grundsätzlich beibehalten werden.

Mit Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018, Beschluss Nr. 34, wird dem Gemeinderat empfohlen, sich aufgrund Ressourcenschonung für die Erweiterung der Richtlinien mit Aufnahme von Umrüstungen in die Richtlinie auszusprechen. Die Förderung beträgt analog Pedelegs 30 %, max. 500,- €.

Weiter wird dem Gemeinderat empfohlen, sich letztmalig für die Erweiterung der Einreichungsfrist auf max. 12 Monate ab Kaufdatum auszusprechen. Der Förderantrag ist innerhalb von max. 12 Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrads zu stellen. Die Verwaltung ist zu beauftragen, die Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten. Die Richtlinie erhält den Stand 08.03.2018. Die Änderungen treten zum 01.04.2018 in Kraft.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018, Beschluss Nr. 34, an und beschließt aufgrund Ressourcenschonung die Erweiterung der Richtlinien mit Aufnahme

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

von Umrüstungen in die Richtlinie. Die Förderung beträgt analog Pedelecs 30%, max. 500,-€

Weiter spricht sich das Gremium letztmalig für eine erweiterte Einreichungsfrist von max. 12 Monaten ab Kaufdatum aus. Der Förderantrag ist innerhalb von max. 12 Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrads zu stellen.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 18.05.2017, Nr. 575, wird dahingehend geändert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten.

Die Richtlinie erhält den Stand 08.03.2018. Die Änderungen treten zum 01.04.2018 in Kraft.

AZ 865  
Bauamt

694      22      **Schaffung einer neuen Ladeneinheit im Hauptportal S-Bahnhof für die Postfiliale, Sachstandsbericht**

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 22.06.2017, Nr. 585:

„Der Gemeinderat stimmt einer Erweiterung der bestehenden nördlichen Ladeneinheit (Postcafe) im S-Bahnhof im folgenden Umfang zu:

- Die Ladenfläche ist in nördlicher Richtung bis zur Automatiktüre zu erweitern, dabei sind die Fluchtwege zu berücksichtigen
- Mit dem derzeitigen Mieter ist ein Nachtrag des bestehenden Mietvertrages zu den bisherigen Eckpunkten (u.a. Grundmiete 11€/m<sup>2</sup>, Nebenkostenanpassung) abzuschließen
- Der neue Standort für die Aktionsfläche ist mit dem Mieter abzustimmen
- Die Realisierung für die Erweiterung ist in 2017 umzusetzen

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden als außerplanmäßige Ausgabe genehmigt. Der Bürgermeister wird ermächtigt alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und Aufträge zu erteilen.“

sowie vom 21.09.2017, Nr. 622:

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus für die neue Ladeneinheit auf der nördlichen Fläche von ca. 80m<sup>2</sup> bis 100m<sup>2</sup> einen Erweiterungsvertrag mit Herrn Cakil abzuschließen. Als Interimslösung soll in Abstimmung mit allen Beteiligten für die Weihnachtszeit im Gebäude auf dieser Fläche ein entsprechender Postcontainer aufgestellt werden. Weiter wird die Verwaltung

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

beauftragt die Machbarkeit der Errichtung einer zusätzlichen Ladeneinheit vor allem hinsichtlich Brandschutz und Statik zu prüfen und eine entsprechende Kostenschätzung vorzunehmen. Diese sind dem Gremium zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Zwischenzeitlich liegen von der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, München, ein erster Sachstand zur Grundlagenermittlung, Stand 15.02.2018, sowie erste Konzeptskizzen für die angedachte neue Ladeneinheit, Stand 31.01.2018, vor. Die entsprechenden Planunterlagen wurden den Gremiumsmitgliedern zur Meinungsbildung zur Verfügung gestellt.

Mit E-Mail-Schreiben von Frau Claudia Schreiber vom 20.02.2018, wird eine erste Grobkostenschätzung von 250.000€ zzgl. MwSt. genannt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die vorliegenden Erläuterungen, Stand 15.02.2018, sowie die Planunterlagen der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, Stand 31.01.2018, mit einem derzeit vorläufigen Kostenrahmen in Höhe von 250.000€ zzgl. MwSt. gemäß E-Mail-Schreiben vom 20.02.2018, zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt alle Maßnahmen einzuleiten um die Schaffung einer neuen Ladeneinheit für die Postfiliale im S-Bahnhof Unterföhring zu realisieren. Soweit erforderlich sind die Zustimmung des Eisenbahnbundesamtes sowie der Deutschen Bahn einzuholen. Die entstehenden Kosten werden genehmigt und sind unter den Haushaltsstellen 79100.9490 und 79100.9420 zu verbuchen.

AZ 024  
Bauamt

695      22      **Möglicher Ersatzstandort auf gemeindeeigenem Grund für die zweigruppige integrative Kinderkrippe an der Föhringer Allee**

Der Bürgermeister erläutert dem Gremium, dass die zweigruppige integrative Kinderkrippe an der Föhringer Allee auf Grund der Planungen für die Unterföhringer Ortsmitte nicht mehr am bisherigen Standort verbleiben kann und geplant war, diese in das „Zindlerhaus“ am S-Bahnhof zu verlegen.

Weiter erinnert der Bürgermeister an den Beschluss des Gemeinderates vom 21.09.2017, Nr. 620, nach dem auf Grund der Feststellung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, dass das „Zindlerhaus“ als Denkmal eingestuft wird, die Verwaltung beauftragt wurde für die zweigruppige integrative Kinderkrippe an der Föhringer Allee einen entsprechenden Standort auf gemeindeeigenem Grund zu suchen. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.



## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Der mögliche Standort für die zweigruppige integrative Kinderkrippe muss ca. 900 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche aufweisen. In der Ortsmitte bzw. in der näheren Umgebung des S-Bahnhofes steht kein solches Grundstück zur Verfügung. Als Ersatzstandort könnte nur das gemeindeeigene und unbebaute Grundstück an der Blumenstraße 34, Fl.Nr. 548/8, mit ca. 1.500 m<sup>2</sup>, dienen.

Das Grundstück Fl.Nr. 548/8 befindet sich im Umgriff des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 35/85, Rosen- und Nelkenstraße. Der Bebauungsplan setzt für das Grundstück u.a. eine Geschossfläche von max. 250 m<sup>2</sup> und max. zwei Vollgeschosse fest. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan dann entsprechend anzupassen wäre.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, die zweigruppige integrative Kinderkrippe nicht auf dem gemeindeeigenen Grundstück an der Blumenstraße 34, Fl.Nr. 548/8, unterzubringen.

Die Verwaltung wird beauftragt nicht gemeindeeigene Grundstücke auf ihre Geeignetheit (Größe, Lage, Nutzungsmöglichkeit) hin zu prüfen und dem Gemeinderat mögliche Standorte aufzuzeigen. Der Gemeinderatsbeschluss vom 21.09.2017, Nr. 620 wird dahingehend aufgehoben.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierfür notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

AZ 611  
Bauamt

#### 696 22 Öffentlicher Personen Nahverkehr; Überlegungen zur Errichtung einer Echtzeitanzeige am S-Bahnhof in Unterföhring

Die Errichtung der Echtzeitanzeigen an den S-Bahnhöfen im Landkreis München ist nach Auskunft des Landratsamtes München derzeit noch in der Entscheidungsphase und Abstimmung zwischen den acht MVV-Verbundlandkreisen für die Erarbeitung und Finanzierung eines verbundweiten DFI-Systems (Dynamische Fahrgastinformation S-Bahn und Buslinien). Bis zur endgültigen Umsetzung können hier ca. 4-6 Jahre vergehen. Das Landratsamt München teilte weiter mit, dass es für eine kurzfristige Lösung theoretisch möglich wäre, einen oder mehrere DFI-Anzeiger der S-Bahn in Sichtbeziehung zur Abfahrtsposition der Busse aufzustellen. Allerdings können dann nur die Abfahrtszeiten für die S-Bahn angezeigt werden. Zudem könnte es sein, dass dieser Anzeiger mittelfristig wieder demontiert werden müsste, sofern andere Anzeiger zum Anzeigen der Bus-Zeiten eingerichtet würden.

Sollte seitens der Gemeinde Unterföhring dennoch der Wunsch zur Einrichtung eines DFI-Anzeigers der S-Bahn weiterverfolgt werden, so müsste sich direkt an die S-Bahn München gewendet werden.

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Am 15.02.2018 fand mit Herrn Mehringer, Bahnhofsmanagement der Deutschen Bahn, Station&Service, ein Ortstermin am S-Bahnhof statt. Es wäre möglich zwei Echtzeitanzeigen, die für die Busfahrer (zur Gewährleistung der Anschlusssicherung) als auch für die Bürger ersichtlich sind, im Außenbereich des S-Bahnhofes aufzustellen. Der erste Standort wäre unmittelbar an der Haltestelle der Linie 232 und der zweite am S-Bahn-Kreisel, östlich des Tunnelweges (südlich der Bänke). Mit einer Umsetzung wäre in 2018 noch zu rechnen.

Die Maße des Anzeigers betragen (B x H x T) 1251 mm x 800 mm x 440 mm. Das Layout würde dem der Anzeiger am Gleis des S-Bahnhofes in Unterföhring angepasst werden, mit der Darstellung der Anzeige von je zwei Zügen, die in beide Richtungen.

Gemäß Kostenschätzung von Herrn Mehringer würde die Errichtung an beiden Standorten ca. maximal 90.000 € (zzgl. 19% Mwst.) betragen. Ein genauer Kostenvoranschlag wird nach einem Ortstermin mit der ausführenden Firma vorgelegt.

Die Ausgabe wäre eine außerplanmäßige Ausgabe, die unter der HHSt. 79110.9520 zu verbuchen ist.

Die Echtzeitanzeigen sind zum einen als Service für Bürger/Beschäftigte im Gewerbegebiet gedacht und zum anderen ist für die Busfahrer ersichtlich, wann die S-Bahn ankommt/abfährt. Aus vorgenannten Gründen schlägt die Verwaltung vor, die Echtzeitanzeige am S-Bahnhof in Unterföhring kurzfristig - vorgegriffen der Umsetzung durch den Landkreis München - an den zwei Standorten, unmittelbar an der Haltestelle der Linie 232 und am S-Bahn-Kreisel zu errichten.

Nach Diskussion im Gremium wird dieser Tagesordnungspunkt einvernehmlich zurückgestellt.

Bis zur Wiedervorlage zur Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat sollen insbesondere die Anzeigemöglichkeit der Busabfahrten geprüft werden.

AZ 851  
Bauamt

697 22 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 51a/17, New Campus  
ProSiebenSat.1 an der Medienallee und Gutenbergstraße;  
Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat.1 an der Medienallee und Gutenbergstraße, in der Fassung vom 26.09.2017 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 27.12.2017 bis einschließlich 31.01.2018 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

öffentlicher Belange hatten vom 27.12.2017 bis 31.01.2018 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Die im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten redaktionellen Hinweise und Anregungen wurden in der Bauausschusssitzung am 27.02.2018 behandelt und in den Bebauungsplanentwurf, Stand 26.09.2017, eingearbeitet. Dieser wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat.1 an der Medienallee und Gutenbergstraße, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass der von den Vorhabenträgern unterzeichnete Durchführungsvertrag samt Anlagen, Stand: 27.02.2018, vorliegt.

Die Bekanntmachung über die Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt erst, wenn die Kosten für den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Gemeinde Unterföhring eingegangen sind bzw. die Übergabe einer entsprechenden Bürgschaft erfolgt ist.

Beschluss: 21 : 1

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 51a/17, New Campus ProSiebenSat.1 an der Medienallee und Gutenbergstraße, in der Fassung vom 26.09.2017 mit eingearbeiteten redaktionellen Änderungen und Hinweisen vom 27.02.2018 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 27.02.2018.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100  
Bauamt

698 22 **Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen der NordAllianz;  
Errichtung einer Geschäftsstelle**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und in der heutigen Sitzung des Gemeinderates nicht behandelt.

AZ 054  
Hauptamt

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

699 22 **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 37. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von gewerblichen Nachfolgenutzungen für den Kiesabbau; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring mit Schreiben vom 22.01.2018, eingegangen bei der Gemeinde am 30.01.2018, im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 1 und 3 BauGB im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von gewerblichen Nachfolgenutzungen für den Kiesabbau östlich der Kreisstraße M3 um Stellungnahme gebeten wird.

Die Planunterlagen des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 30.11.2017, wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende erinnert vorab an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1.022, vom 13.02.2014, Nr. 1.115, sowie vom 06.04.2017, Nr. 562.

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt mit der 37. Änderung die Weiterentwicklung des Standortes östlich der Kreisstraße M3 an der Gemeindegrenze zu Unterföhring von teilweise befristeten rohstoffabbaubezogenen Außenbereichsnutzungen hin zu einem rohstoffabbaubezogenen Sondergebiet Kiesgewerbe. Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, eine bereits erschlossene und vorbelastete Fläche einer dauerhaften und standortgeeigneten Folgenutzung zuzuführen.

Der nördliche Teil des insgesamt ca. 13,5 ha großen Änderungsbereichs soll als „Sondergebiet „Asphaltmischwerk nach Kiesabbau“ (SO1) wie folgt festgesetzt werden:

- Anlagen zur Herstellung und zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen, ausgenommen Anlagen, die Mischungen in Kaltbauweise herstellen, einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen einschließlich der zugehörigen Lagerflächen, Verwaltungs- und sonstiger Betriebsgebäude;
- Lager- und Abstellflächen für Bau- und Bauhilfsstoffe, Kies sowie für Baumaschinen und -fahrzeuge.

Mit der Darstellung ist beabsichtigt, den dauerhaften Betrieb der bestehenden Asphaltmischanlage einschließlich der notwendigen Lager- und Betriebsflächen abzusichern.

Der südliche Teil des Änderungsbereichs wird als „Sondergebiet Kiesgewerbe mit schädlichen Umweltauswirkungen“ (SO2) dargestellt. Dort sollen die bestehenden Nutzungen dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden. Aus betrieblichen Gründen sind zudem Betriebsleiterwohnungen erforderlich.

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

#### Flächenbilanz:

bisherige Darstellung:	in ha	neue Darstellung:	in ha
• Fläche für die Landwirtschaft überlagert durch:	13,5	• Sondergebiet 1	4,7
• Fläche für Abgrabung geplant	-	• Sondergebiet 2	8,8
• Kieswerke u. Bitumenmischanlage (zeit- lich begrenzt mit Nachfolgenutzung Erwei- terung Golfplatz	-		
	13,5		13,5

Darüber hinaus wurde durch die Obermeyer Planen + Beraten GmbH, München, ein Verkehrstechnisches Gutachten, Stand: 30.11.2017, vorgelegt, welches den Funktionsnachweis der Einmündung Kieswerk in die M3 unter Berücksichtigung der neu erstellten Lichtsignalanlage untersucht. Die Planungsgesellschaft kommt zu dem Schluss, dass mit den auf der sicheren Seite liegenden Verkehrsansätzen der signalisierte Knotenpunkt M3/Oberer Aschheimer Weg für das Prognosejahr 2030 in den Hauptverkehrszeiten noch ausreichend leistungsfähig ist.

Bezüglich Umfang und Detaillierungsgrad der erforderlichen Umweltprüfung (Grünplan GmbH, Freising, Stand: 17.11.2016) und Immissionstechnischen Untersuchung (Möhler + Partner Ingenieure AG, München, Stand: 29.03.2016) gibt es aus Sicht des Sachgebietes Hochbau/Umwelt keine Anmerkungen.

Beschluss: 22 : 0

Im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Weiterentwicklung des Standortes östlich der Kreisstraße M3 an der Gemeindegrenze zu Unterföhring von teilweise befristeten rohstoffabbaubezogenen Außenbereichsnutzungen hin zu einem rohstoffabbaubezogenen Sondergebiet Kiesgewerbe nimmt die Gemeinde Unterföhring wie folgt Stellung: Gegen die bestehende Nutzung bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte bzw. erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form auch weiterhin abgelehnt, da hier auch das Verkehrsgutachten der Obermeyer Planen + Beraten GmbH, München, Stand: 30.11.2017, die Erschließungssituation lediglich als noch ausreichend leistungsfähig bezeichnet. Die Gemeinde erbittet hier erneut eine Bestätigung des Gutachtens durch das Staatliche Bauamt Freising. Weiter regt die Gemeinde an, den entstehenden Verkehr östlich über das Aschheimer Gemeindegebiet zu leiten. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege in Unterföhring, lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab. Darüber hinaus ist der landwirtschaftliche Fuß- und Radweg (Unterer Ascheimer Weg) zwingend aufrecht zu erhalten.

Darüber hinaus bleiben die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013,

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Nr. 1022, vom 13.02.2014, Nr. 1115, sowie vom 06.04.2017, Nr. 562, weiterhin aufrechterhalten.

AZ 6100  
Bauamt

700

22

#### **Lärmaktionsplanung an den Haupteisenbahnstrecken des Bundes 2018; Zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Teil A**

Der Bürgermeister erläutert dem Gremium, dass das Eisenbahn-Bundesamt derzeit einen Lärmaktionsplan für alle Haupteisenbahnstrecken des Bundes erstellt. Das Eisenbahn-Bundesamt hat mit der zweiten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung für den Lärmaktionsplan begonnen. In der ersten Phase konnte die Öffentlichkeit persönliche Lärmsituationen schildern und ist nun im Zeitraum vom 24.01.2018 bis 07.03.2018 (Fristverlängerung bis 16.03.2018) aufgerufen, das Verfahren selbst zu bewerten. Die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung fand vom 30.06.2017 bis zum 25.08.2017 statt. Insgesamt gab es über 38.000 Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern, Lärmschutzvereinigungen, Kommunen sowie weiteren Einrichtungen, die von Schienenlärm betroffen sind. In der nun begonnenen zweiten Phase ist die Öffentlichkeit aufgerufen, eine Rückmeldung zum Lärmaktionsplan Teil A, er ist das Ergebnis der ersten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung, und zum Prozessablauf der Lärmaktionsplanung zu geben. Die Ergebnisse werden anschließend in den Lärmaktionsplan Teil B eingehen und voraussichtlich Mitte 2018 veröffentlicht.

Der sogenannte Teil A ist im Internet über die Informations- und Beteiligungsplattform [www.laermaktionsplanung-schiene.de](http://www.laermaktionsplanung-schiene.de) oder über die Homepage des Eisenbahn-Bundesamtes [www.eba.bund.de/lap](http://www.eba.bund.de/lap) abrufbar.

Der Lärmaktionsplan ist ein Werkzeug zur Bewertung der Lärmsituation an Schienenwegen und bei der Planung von Lärmschutzmaßnahmen. Er enthält Ziele und Strategien zur Lärminderung.

Die Gemeinde Unterföhring ist bezüglich der Bahnlinie München Johanneskirchen – München Flughafen im Rahmen der Lärmaktionsplanung betroffen, insbesondere folgenden Personenanzahlen (Lärmkartierungsergebnis):

Anzahl der belasteten Einwohner für  $L_{DEN}$  je Pegelklasse in dB(A)

60 Einwohner – 55-60 dB(A)  
30 Einwohner – 60-65 dB(A)  
40 Einwohner – 65-70 dB(A)

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Anzahl der belasteten Einwohner für  $L_{\text{Night}}$  je Pegelklasse in dB(A)

240 Einwohner – 45-50 dB(A)  
40 Einwohner – 50-55 dB(A)  
30 Einwohner – 55-60 dB(A)  
20 Einwohner – 60-65 dB(A)

Weiter ist die Bahnstrecke Nr. 5556 von km 6,8 bis km 11,5 mit einer Länge von insgesamt 4,7 km im Verzeichnis der in Bearbeitung befindlichen und fertiggestellten Lärmsanierungsbereiche (Tabelle 4 zum Anhang zum Lärmaktionsplan Teil A) enthalten. Arbeitsstand derzeit ist erst die Durchführung einer schalltechnischen Untersuchung.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt die Lärmaktionsplanung an den Haupteisenbahnstrecken des Bundes Teil A zur Kenntnis und fordert, dass die Bahnstrecke Nr. 5556 von km 6,8 bis km 11,5 mit einer Länge von insgesamt 4,7 km schnellstmöglich lärmsaniert wird. Weiter wird gefordert, dass bereits bestehende Technologien im Bereich des modernen Gleisbaus und der Radtechnik an den Zügen schnellstmöglich umgesetzt werden.

AZ 6100  
Bauamt

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
          send

### Vortrag - Beschluss

---

701      22      **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe; Sachstand zu Anträgen und Anregungen des**  
**Seniorenbeirates**

Der Seniorenbeirat hat dem Vorsitzenden mit Schreiben vom 16.02.2018 die in seiner öffentlichen Sitzung am 25.01.2018 behandelten Themen und Beschlüsse übermittelt (Ziffer 1.5 der Seniorenbeiratssatzung).

Die einzelnen Empfehlungen/Anregungen Anträge werden wie folgt weiter bearbeitet:

Bestattungsrecht:

- Flexiblere Bestattungszeiten und
- Zulassung von Grabeinfassungen

-> Behandlung im Gemeinderat April vorgesehen

- Ratenzahlung für Grabnutzungsgebühren und
- Optimierung Bestuhlung Aussegnungshalle

-> Verwaltungssache  
Ratenzahlung bereits möglich (Antrag an Gemeinde stellen)  
Neue Bestuhlung bereits beauftragt

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept (SPGK)

-> Vorberatung im nächsten Wohnungs- und Sozialausschuss

Projekt Wohnungstausch

-> Vorberatung im nächsten Wohnungs- und Sozialausschuss

Optimierung Zugang Café Valentin

-> Behandlung im nächsten Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss

Seniorenbeirat ist auch bereits entsprechend schriftlich informiert.

AZ 4172  
Hauptamt



## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

701 22 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe; Teilnahme an der Earth Hour 2018**

Der Erste Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring an der Earth Hour am Samstag, den 24. März 2018, teilnimmt.

Daher wird zwischen 20:30 und 21:30 Uhr die Beleuchtung der Alten Pfarrvilla ab geschaltet. Im Gemeindeblatt Nr. 9/2018 wurden die Bürgerinnen und Bürger über die Teilnahme informiert und zum Mitmachen aufgefordert.

Die Teilnahme an der weltweiten Klimaschutzaktion erfolgt nach 2017 bereits zum zweiten Mal.

Bauamt

701 22 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe; Rechtliche Würdigung des Haushaltes 2018**

Der Erste Bürgermeister informiert, dass der Haushalt mit Haushaltssatzung 2018 vom Landratsamt München am 27.02.2018 rechtsaufsichtlich behandelt und gewürdigt worden ist.

Er enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

AZ 941  
Finanzen

701 22 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Anfragen;**

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl berichtet, dass die eiserne Brücke am Isarkanal (50m südlich der Autobahn) für den Verkehr gesperrt ist.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Sperrung im Zuge des Ausbaus der BAB A99 erforderlich ist.

Auf Grund des Baustellenverkehrs und der damit zusammenhängenden Vorgabe der Autobahndirektion ist eine Sperrung notwendig.

- Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist bittet um Prüfung des Bodenbelages in den Treppenhäusern an der Fichtenstraße. Im Zuge des Einbaus der Aufzugsanlagen wurde an den betroffenen

## 50. Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Treppenhäusern scheinbar ein unterschiedlicher Belag (Material und Farbton) verwendet.

Der Vorsitzende nimmt diesen Hinweis zur Kenntnis und verweist auf die vorgesehene Behandlung in der nächsten Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen beendet der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung um 21:45 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kipp  
Schriftführer